

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 179.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegblätter für Halle und Sorau 2,50 M., für die Postbezugsstellen 3 M., für das Vierteljahr 7 M. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich publiziert. — Halle'sche Verlags- und Druckerei-Gesellschaft (Halle). — Druckerei: (Halle). — Halle'sche Verlags- und Druckerei-Gesellschaft (Halle). — Druckerei: (Halle).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgetragene Zeitschrift: oberer Raum für Halle u. den Gaukreis 20 M., unterer Raum 10 M. Bestellungen im Voraus. — Halle'sche Verlags- und Druckerei-Gesellschaft (Halle). — Druckerei: (Halle).

Verlagsstelle in Halle a. S.: Zeitungs-Strasse Nr. 61 u. 62.  
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Oberwiesing in Halle a. S.

Mittwoch, 17. April 1912.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20.  
Telephon Amt Harstorf Nr. 6290.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

**\* Wieder eine Ente.** Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ausdrücklich blätter brachten kürzlich Auszüge aus einem Telexbericht, als dessen Verfasser der Mitarbeiter der Kaiser begnadigt wurde. Auch bei dieser Geschichte mit ihrem Vermerk handelt es sich um eine Ente.

**\* Die Konferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsbereine von Deutschland, Belgien, Oesterreich und Ungarn,** die bisher Tage in Brüssel verhandelt, besprach am gestrigen Dienstag in erster Linie die Errichtung einer einheitlichen Warenklassifikation in den mitteleuropäischen Zollräumen. Verschiedene Akteure waren daran, daß es wohl möglich wäre, im Wege internationaler Vereinbarung eine einheitliche Terminologie festzulegen. Der deutsche Delegierte, Ministerialrat Ober-Regierungsrat Lutzenky, Berlin meinte aber, daß vorerst wirtschaftliche Interessen einer einheitlichen Tarifierung entgegenstünden. Einen Antrag gemäß nahm die Konferenz eine Resolution an, daß es empfehlenswert wäre, beim Abschluß von Handelsverträgen unter den Teilnehmern der mitteleuropäischen Wirtschaftsbereine der Annäherung an die Tarifierung Rechnung zu tragen. Es wurde zum Zwecke der praktischen Vorbereitung und zum Studium des Standes eine Kommission eingesetzt, die in einer besonderen Konferenz im April 1914 zusammenzutreten und über das Ergebnis ihrer Beratungen Bericht erstatten soll. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die einheitliche Regelung des Markenschutzes. Die Anträge über diese Frage gingen weit auseinander. Schließlich einigte man sich auf Einsetzung einer internationalen fremdsprachigen Kommission, die die gesetzliche Regelung des Markenschutzes in Gemeinschaft mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb von Band zu Band vorbereiten soll. Diese Kommission soll einen fertigen Entwurf einer späteren Konferenz unterbreiten. Damit waren die Arbeiten der Tagung beendet.

**\* Aus der bayerischen Kammer der Reichsräte.** Zur gestrigen Sitzung der bayerischen Kammer der Reichsräte erstattete auf Ausfahrungen des Freiherrn v. Cramer-Reiel und des Grafen Lörring v. Fellenbach der Minister des Innern Herr von Soden: Der Vordrucker geht von einer fälligen Voraussetzung aus, wenn er davon gesprochen hat, daß das neue Ministerium wohl den Worten zu einem patriotischen System bedeuten werde. Ich muß nachdrücklich feststellen, daß das neue Ministerium kein Parteiministerium ist. Es ist auch von allerhöchster Stelle nicht als solches berufen worden, und es ist meine Pflicht, in dem Sinne, in dem es berufen wurde, seine Tätigkeit zu entwickeln. Wenn das Ministerium mehrfach ein konfessionelles genannt worden ist, so hat dies einen anderen Sinn. Ich betone, daß es zutreffend ist, daß die neuen Minister von einem konfessionellen Geiste geleitet sind und von einem solchen aus die Geschäfte zu vollführen haben werden, die ihnen durch die Übertragung des Amtes seitens der Krone obliegen. Graf Lörring hat auch den Zeitenerlass und den Sittenrechtlichen Eisenbahnerverband gestiftet. Der Zeitenerlass ist eine Notwendigkeit gewesen und ebenso auch das, was der Verkehrsminister in den allerletzten Tagen veröffentlicht hat. Ueber den Zeitenerlass ist heute schon in den Zeitungen eine offizielle Notiz zu finden. Es handelt sich bei der Auslegung des Zeitenerlasses um eine Verordnung, die in voller Übereinstimmung aller Minister erfolgt ist. Schließlich betonte der Minister noch einmal, daß die Furcht, daß die Minister dem Druck der Partei, die hinter ihnen stehe, nicht voll Stand halten werden, unbegründet sei, weil eben das Ministerium kein Parteiministerium sei.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 16. April 1912.

Am Ministerische die Minister v. Weittenbach und Dr. Penke. Präsident Herr v. Cessa eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Das Haus ehrte das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Reichstages (Breitson) und v. Krosigk (Konk.) in der üblichen Weise.

Der Präsident teilte mit, daß der Abg. Koores (Str.) sein Mandat niedergelegt hat.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Eisenbahngesetzes, die mit einer allgemeinen Besprechung über die finanztechnische und die wirtschaftliche Seite des Eisenbahngesetzes begann. Berichterstatter Abg. Hiesch-Essen (Nat.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission. Die Einnahmen der Staats-eisenbahnen dürfen als günstig angesehen werden. Die Frage jedoch, ob ein Teil der Ausgaben des Extraordinariums auf Anleihe genommen werden könne, ist von der Mehrheit der Kommission in Übereinstimmung mit dem Minister verneint worden. Ebenso hat sich die Kommission überzeugt, daß das von dem früheren Ministerialdirektor Kirchhoff angelegte Projekt einer deutschen Eisenbahngemeinschaft unbrauchbar ist.

Abg. Graf v. d. Groeben (Konk.): Der Etat des Jahres 1911 zeigt ein außerordentlich günstiges Ergebnis. Der Ausgabensatz war mit 32,5 Millionen veranschlagt. Im Wirklichen waren aber 140—150 Millionen in den Ausgabensatz zu fließen. Ferner

ist der Betriebskoeffizient bis unter 66 Prozent zurückgegangen. Der Minister hat in der Kommission erklärt, daß die Dauer mit einem so günstigen Betriebskoeffizienten wahrscheinlich nicht gerechnet werden könne. Um so mehr müssen wir bedrückt sein, den Eisenbahnaparat technisch auf der vollen Höhe zu erhalten. Gegen eine deutsche Eisenbahngemeinschaft haben wir die größten Bedenken und warnen auf das Dringlichste, diesen Weg zu beschreiten. Wir müssen gerade im Interesse des Reiches unter Freuden stark erhalten, und unsere Eisenbahnanlagen bilden die Grundlage, die es uns ermöglicht, in schweren Zeiten die Wirtschaft zu beleben. Die vom Minister gegebene Unfallstatistik beweist, daß die Unfälle trotz der zunehmenden Zugdichte und Zugschwindigkeit stetig abnehmen, jedoch vor gegenüber dem Auslande groß dastehen. Wir billigen den Erlaß des Ministers, der den Eisenbahnbeamten und -Arbeitem zur Pflicht macht, von sozialdemokratischen Bestrebungen sich fern zu halten. (Beifall rechts.)

Abg. Schmieding (Str.): Die grundsätzliche Regelung der Abgrenzung der Eisenbahneinrichtungen gegenüber den allgemeinen Eisenbahngesetzen hat eine größere Wichtigkeit unserer Finanzwissenschaft herbeigeführt. Der Etat ist vorläufig aufgestellt. Bei der günstigen Lage der Anbahnlinie können die Einnahmen vielleicht noch höher veranschlagt werden können. Die Vorfürze der Eisenbahnverwaltung für ihre Beamten ist bekannt. Um so besorglicher ist es, wenn sich die Beamten von unzufriedenen Elementen hinreißen lassen, eine weitere Verbesserung ihrer Lage zu fordern. Wir haben aber auch das Wohl der Steuerzahler, die nicht Beamten sind, zu berücksichtigen und wollen es einwirken mit der vor drei Jahren abgeschlossenen Besoldungsordnung benennen lassen.

Abg. Harro (Nat.): Es ist mir zweifelhaft, ob die jetzige Art der Bemessung des Extraordinariums das Nötigste trifft. Vielleicht wäre es richtiger, einen Teil des Extraordinariums auf Anleihe zu nehmen. Das eine Eisenbahngemeinschaft herbeiführt, so sind wir gern bereit, anderen Bundesstaaten im Interesse des Verkehrs und des Betriebes durch Geldleistungen entgegenzukommen. Eine Einheitlichkeit auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens würde zur Hebung des Patriotismus beitragen. Bezüglich der vollständigen Betriebs- und Finanzgemeinschaft möchte ich aber zur Vorsicht mahnen. Aber Mangel an Einnahmen werden immer noch berechtigte Klagen laut. Erwünscht ist ferner eine Ermäßigung der Tarife für Passagiere; insbesondere sollten Saisonpreise für Passagiere eingeführt werden.

Abg. v. Weittenbach: Der Streit im Ruhrrevier hat seinen ersten Schwerepunkt verursacht. Den Ausschlag haben aber erhebliche Mehrnahmen gegenüber. Das Jahr 1911 weist gegenüber dem Etatsjahre eine Mehrnahme von 104 Millionen auf. In den Ausgabensatz sind bis zu 100 Millionen fließen. (Hört! Hört!) Der Abgeordnete Schmieding hat die außerordentlichen Leistungen des Personals bei der Bewältigung des gewaltigen Verkehrs anerkannt. Daß das Personal im Dienst nicht überanstrengt wird, geht daraus hervor, daß das Personal am 1. Februar dieses Jahres um rund 18.000 Köpfe stärker war als im Jahre vorher. Der Etat ist vorläufig aufgestellt. Damit wird erreicht, daß wir vor unliebsamen Übertragungen bewahrt bleiben. Bezüglich des Wagenmangels habe ich bereits in der Kommission nachgesprochen, daß wir in dieser Beziehung unsere Pflicht getan haben. Das Jahr 1911 weist gegenüber dem Etatsjahre in dieser Richtung gefügt hat, die Vermehrung des Wagenparks gleichmäßig durchgeführt worden. Tarifermäßigungen dürfen nur dann gewährt werden, wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Als wir die Notstandsstarke gemährt, haben wir vielfach auf dem Selbstkostenpreis gefahren. Wir müssen ferner damit rechnen, daß wir nach Inbetriebnahme der Kanäle 1913 und 1914 mit erheblichen Anstößen der Eisenbahn rechnen müssen. In der Tariffrage werde ich aber immer berücksichtigen, daß die Eisenbahn in erster Linie ein Verkehrsinstitut und nicht ein Finanzinstitut ist. Es ist bedauerlich, die Verteilungsgeldsätze für 15—20 Zehnerwagen zu erhöhen, ausgenommen bei Notfällen, die ohnehin bereits weitgehende Vergünstigungen bringen. Bei allen diesen Fragen denkt die Eisenbahnverwaltung nicht fiskalisch, sondern ist vor allem bestrebt, dem Verkehrsbedürfnis gerecht zu werden. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Wogn (Freilon): Die Darstellung des Ministers über das glänzende Ergebnis des Eisenbahnbetriebes im abgelaufenen Etatsjahre hat auf mich einen tiefen Eindruck gemacht. Inland und Ausland werden daraus die Lehre ziehen, daß Deutschland und Preußen in seinem Staatsbahnsystem über eine wirtschaftliche Kraft verfügen, die auf der Welt nicht ihres gleichen hat. Daraus lassen wir uns für kritische Zeiten, für kriegerische Vermittlungen, Meeren und Wäldern, die uns an die Spitze aller Nationen der Welt stellen. (Bravo!) An der Formel, nach der der Ausgabensatz bemessen ist, wollen wir nicht rühren. Die Preispolitik des Staates gegenüber dem Kohlenprodukt ist eine richtige gewesen. Auch ich spreche dem Minister und dem gesamten Personal der Eisenbahnverwaltung meine Anerkennung dafür aus, daß sie unter so schwierigen Verhältnissen wie im vorigen Jahr, den gewaltigen Verkehr bewältigt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Voghnie (Hortf. Vpt.): Als Finanzinstitut hat sich die Eisenbahn glänzend bewährt. Das beweist vor allem das glänzende Ergebnis des Jahres 1911. Unverändert ist uns die vorläufige Schätzung der Einnahmen des laufenden Jahres. Nun heißt es einen Schleier über die wirklichen Verhältnisse. Nur ist dieser Schleier nicht bestimmt, wie bei Damen Unschönheiten zu verbergen, sondern die Schönheit zu verbergen. (Geheul.) Gegen die Eisenbahngemeinschaft sind erhebliche Bedenken geäußert worden. Vielleicht wird es sich empfehlen, eine Kommission von Sachverständigen zur Prüfung dieser Frage einzusetzen. Durch den Wagenmangel sind Industrie und Landwirt-

schaft schwer geschädigt worden. Das Verkehrsbedürfnis verlangt eine Tarifermäßigung für Passagiere, die im Ausland billiger als bei uns befördert werden. Die Notwendigkeit einer Reform der Fahrkartentaxe besteht nach wie vor. Die Bestimmungen, die Grundlage der internationalen Tarifordnung auch auf den Personen- und Gepäckverkehr auszubilden, unterstützen wir auf das Dringlichste. (Beifall links.)

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 16. April 1912.

Am Bundesratspräsidenten: Präsident des Reichseisenbahnamts Waderapp.

Präsident Dr. Kaempff eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit folgenden Worten: Ich begrüße Sie nach den Osterferien, in dem ich hoffe, daß Sie gefrähtigt zur Arbeit zurückgekehrt sind. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, glaube ich, dem Schmerze Ausdruck geben zu sollen, daß ein großes Schiffungslück (die Abgeordnete) erlitten sich von den Eisen) hunderte von Menschenleben, ja zehntausend mehr als taufend verunglückt hat. Der Dampfer Atlantic, der englische White Star Line gehörig, ist untergegangen und hat viele Menschenleben in seinen Schiffsbruch hincingeworfen. Wir sprechen unser sympathisches Bedauern aus über dieses Unglück, das in erster Linie das englische Volk betroffen hat, dann aber alle die Nationen, die Angehörige bei dem Schiffbruch verloren haben; sind wir doch nicht froh, daß nicht auch unser Volk unter diesem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen, daß Sie sich um Ausdruck Ihres Bedauerns und Schmerzes von den Pagen erhoben haben.

Der Präsident gab sodann die Mandatsüberlegung des Abg. Koores (Str.) bekannt.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die zweite Beratung des Etats des Reichseisenbahnamts.

Abg. Ulrich (Soz.): Das Reichseisenbahnamt ist eigentlich ein Amt ohne Amt, eine Behörde, die verzeuelt wenig tun kann, weil sie ihre Aufgaben zu eng begrenzt ansieht. Dem Reichseisenbahnamt sollten auch Reichseisenbahnen im weitesten Sinne des Wortes angegliedert werden. Daß der Gebanke, anstelle der einzelstaatlichen Eisenbahnen Reichseisenbahnen zu schaffen, nicht mehr geübt ist, daran ist ganz allein das Reichseisenbahnamt schuld. Zum mindesten sollte eine Betriebsgemeinschaft erstellt werden. Der Vertrag zwischen Preußen und Hessen muß geändert werden. Denn laboriert Hessen emig an dem französischen Vales. Deshalb müssen wir fordern, daß der Reichseisenbahnamt nicht vom Reichseisenbahnamt selbst totgeschlagen wird. Durch Preußen ist Hessen in die Schuldenwirtschaft hineingezogen worden, um den Durchgangsverkehr auf den heftigen Strecken leistungsfähig zu erhalten.

Abg. Schwabach (Nat.): Die Existenzfähigkeit des Reichseisenbahnamts ist in den letzten Jahren wiederholt erörtert worden. Die Maßgebungsfrage, die auch wir wünschen, hat das Amt leider nicht. Trotz alledem aber hat es doch sehr erhebliche Aufgaben zu erfüllen. Im Tarifwesen ist es dem Reichseisenbahnamt gelungen, den Verkehr gegenüber einer fälligen Zielsetzung einzunehmen. Bei der neuen Zolltarifung müssen wir, daß das Reichseisenbahnamt seinen ganzen Einfluß aufwendet, um einzelnen Unzulänglichkeiten, die sich für die Beamten daraus ergeben, zu begegnen. Wir vermischen immer noch eine Vorlage über die Haftung der Eisenbahnen für ihre Beamten. Die früher, verlangen wir auch jetzt in Form einer Resolution die weitgehende Regelung der Dienst- und Ruhezeiten der Eisenbahnbeamten. Wir hoffen, daß die preiswert-geheißene Eisenbahngemeinschaft, die nicht so schlecht ist, wie Herr Ulrich es darstellt, Schule machen wird.

Abg. Schirmer (Str.): Die Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten kommt hier in Frage; Bayern will sein Reichswahlrecht für die Eisenbahnen nicht aufgeben. Eine übermäßige Zentralisierung können wir nicht als von großem Nutzen betrachten. Auch die Urlaubsvorschriften bedürfen einer einheitlichen Regelung. Der Kontinenttransport auf den Eisenbahnen ist reformbedürftig.

Abg. Dr. Haas-Baden (Hortf. Vpt.): Das Reichseisenbahnamt sollte eine Instanz zur Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens sein. Es besteht immer noch ein gewisser Fehlbau zwischen den einzelnen Staatsbahnbetrieben. Unter den deutschen Eisenbahnverwaltungen dürfte überhaupt ein Konkurrenzkampf nicht geführt werden dürfen. (Sehr richtig!) Aufgabe des Reichseisenbahnamtes sollte es sein, gegen einen solchen Zustand Front zu machen. Wir in Baden sind mit der Betriebsmittellgemeinschaft zufrieden; besonders der Staatsbahnerverband hat sich vortrefflich bewährt. Die erste wie auch die zweite Wagenklasse sollten verschwinden. Im Interesse der Betriebswirtschaft muß den Beamten eine genügende Aufzeit gemährt werden. Dem Lokomotivpersonal gegenüber, das großen Gefahren hinsichtlich ihrer Nerven unterworfen ist, ist diese Forderung geradezu eine Frage der Menschlichkeit.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderapp: Es ist zuzugeden, daß das Reichseisenbahnamt nicht die Bedeutung besitzet, die ihm bei seiner Gründung ausgedacht war. Dazu fehlt ihm das nötige Personal. Immerhin aber wird seine Tätigkeit wesentlich unterstützt. Das kommt daher, daß seine Tätigkeit mehr eine nach innen gehende ist, als daß sie nach außen hin sich bemerkbar macht. Die Be-







Berliner Börse, 6. April 1912

Handelskredit: 1 Fr. ... Berlin. Bankdiskont: 5%, Lombarddiskont: 8%, Privatdiskont: 8%

Main table of stock prices with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.-Planf.', 'Schiffahrts-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right side, possibly a notice or additional market information.

Vertical text on the left side, likely a notice or advertisement related to the publication.